



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XIV/166 - 28. Juli 1959

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 470  
Fernsprecher 21584 - 33  
Fernschreiber 0686690

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Im Gedenken an Ernst Reuter Von Willy Brandt, Regierender Bürgermeister von Berlin	46
2 - 3	Sucht die Konferenz jetzt Kompromisse? Günter Markscheffel berichtet aus Genf	85
4 - 5	Inkonsequente deutsche Außenpolitik Die eigenartige Rolle des Ministers Oberländer	71
6 - 7	Die Bewegung der Gaganowa Kampf gegen Rückschritt und Schlendrian in der UdSSR	77

\* \* \*  
\* \*

In Gedenken an Ernst Reuter

Von Willy Brandt,  
Regierender Bürgermeister von Berlin

In diesen Tagen wäre Ernst Reuter 70 Jahre alt geworden. Im September werden sechs Jahre vergangen sein, seit der unvergessene Bürgermeister so unerwartet abberufen wurde. Als eine der großen Gestalten der deutschen Nachkriegsentwicklung hinterließ er eine allen Einsichtigen bis auf den heutigen Tag schmerzhaft bewußte Lücke.

Ernst Reuters Name war und bleibt in erster Linie mit dem Schicksal Berlins verbunden. Erst 1946 konnte er heimkehren aus dem türkischen Exil. Die wichtigen Vorentscheidungen im Ringen um die Freiheit Berlins und um den Widerstand der Sozialdemokraten gegen die kommunistische Zwangsvereinigung waren damals bereits gefallen. Aber es dauerte nur wenige Monate, bis er zur motorischen Kraft, ja zur Verkörperung dessen geworden war, was in der schwergeprüften Hauptstadt Deutschlands verteidigt werden mußte.

Die damalige große Krise, die unter den Stichworten Blockade und Luftbrücke in die Geschichte eingegangen ist, wurde nicht zuletzt durch die staatsmännischen Leistungen Reuters überwunden. Überzeugungstreue und Standhaftigkeit waren ihm ebenso zu eigen wie geistige Lebendigkeit und die Entfaltung moralischer Energien. Die Berliner verehrten, liebten ihn und vertrauten ihm. Den Menschen in der Zone war er der Mann ihres besonderen Vertrauens. Diesen wurde er zum hervorragendsten Sprecher in den die ganze Nation angehenden Fragen.

Heute ist manchen nicht mehr klar in Erinnerung, daß es Ernst Reuter war, der wirksamer als andere - und noch bevor es eine Bundesrepublik gab - Brücken zum Ausland schlug und bei den Amerikanern Vertrauen erwarb. Manchen ist nicht mehr geläufig, daß unter seiner Leitung jene Grundlagen geschaffen wurden, auf denen der erfolgreiche Berliner Aufbau der letzten Jahre beruht. Viele haben darüber hinaus vergessen, was Reuter als entscheidende Versäumnisse deutscher Nachkriegspolitik gekennzeichnet hat.

Es unterliegt kaum einem Zweifel, daß uns die Berliner Krise der letzten Monate in dieser Form erspart geblieben wäre, hätte man das Verhältnis zwischen dem Bund und Berlin so gestaltet, wie es Reuter forderte und wie es in den ersten Jahren nach 1949 zu gestalten möglich gewesen wäre, wenn das offizielle Bonn damals die Erfordernisse der Zeit verstanden hätte.

Es ist leider auch allzu wahr geblieben, was Reuter als Haupteinwand gegen tonangebende Kräfte im deutschen Westen vorgebracht hat. Er hat ihnen die Konzentration auf bloßes Geldverdienen angekreidelt bei Verzicht auf die eigentlichen Werte, ohne die ein freies Volk nicht gedeihen kann, und er hat den Regierenden vorgehalten, daß sie es unterlassen hätten, die freiheitlichen Energien des Volkes auf den springenden Punkt hinzulenken, nämlich auf die Wiederherstellung der staatlichen Einheit.

Ernst Reuter hätte über den Rahmen seiner Partei hinaus zur Erneuerung der deutschen Politik noch vieles beizutragen gehabt. Was er zu leisten vermochte, bleibt Beispiel und Mahnung.

### Sucht die Konferenz jetzt Kompromisse?

Günter Markscheffel berichtet aus Genf

Wenn nicht alles täuscht, hat das vergangene Wochenende tatsächlich den Außenministern Gelegenheit geboten, gemeinsam mit ihren Regierungen die Ansätze zu Kompromissen zu suchen - und vielleicht sogar zu finden -, die wenigstens in der Berlin-Frage zu einem gewissen Abschluß der gegenwärtigen Verhandlungen führen. Jedenfalls wird die Tatsache, daß man sich unter Ausschluß der deutschen Delegationen entschloß, die bisher geäußerten Meinungen zu konkretisieren und sogar zu Papier zu bringen, in allen Delegationen als "Fortschritt" bezeichnet. So bescheiden ist man in Genf geworden!

Trotz strengster Geheimhaltung sind doch einige Einzelheiten über die Montagesprache durchgesickert, so daß sich ungefähr erkennen läßt, auf welcher Grundlage ein Kompromiß in der Berlin-Frage - wenn er erreicht wird - erzielen lassen dürfte:

1. Keine entscheidenden Schwierigkeiten bei der Kontrolle von Zugangswegen vom Westen nach West-Berlin. "Beauftragte" der Sowjets, also DDR-Polizisten, Soldaten oder Beamte, können die Kontrolle ausüben.
2. Keine Schwierigkeiten in der Frage der Bewaffnung alliierter Truppen in West-Berlin. Diese Truppen erhalten keinerlei Raketen- und Atomwaffen.
3. Schwierigkeiten in der Frage der Truppenstärke. Die West-Alliierten bieten an, ihre etwa 11.000 Mann nicht zu verstärken; die Russen fordern Reduzierung auf 3.000 bis 4.000 Mann. Verhandlungen sind angebahnt, um sich auf 7.000 bis 8.000 Mann einigen zu können.
4. Schwierigkeiten bei der sowjetischen Forderung, die "subversiven Tätigkeiten" in West-Berlin einzudämmen. Der Westen ist nur bereit, über "gewisse Propaganda-Aktionen" zu sprechen, wenn auch der Osten dem gleichen Prinzip für Ost-Berlin zustimmt - vielleicht mit Einschaltung der UNO. Dazu Gromyko: Kommt nicht in Frage, Ost-Berlin ist Bestandteil der souveränen DDR. Dort können wir nicht hineinkommen.
5. Größte Schwierigkeiten bei Festsetzung der Dauer einer angestrebten Vereinbarung. Gromyko: Zunächst achtzehn Monate, und wenn dann in der "deutschen Frage" kein Fortschritt erzielt ist, neue Verhandlungen. Der Westen: Wir wollen wissen, was Moskau nach Ablauf der achtzehn Monate wirklich tun wird.

\* \* \*

Eigentlich wird über diese Streitpunkte schon seit Wochen - zum Teil öffentlich oder intern - gesprochen. Jetzt soll das alles aber schriftlich niedergelegt werden, damit kein Verhandlungspartner mehr von Sitzung zu Sitzung ausweichen kann. Es ist sogar davon die Rede, Festlegungen nur in den Punkten zu paraphrasieren, in denen man sich einig ist, die anderen, noch strittigen Fragen einer später stattfindenden Außenminister-Konferenz oder dem Gipfeltreffen zu unterbreiten.

Sollte dies der einzige Ausweg sein, dann wollen die Russen, so lautet es jedenfalls aus sowjetischen Delegationskreisen, "vorläufig in Berlin auch nichts ändern".

\* \* \*

Natürlich haben die Russen keinesfalls die Idee der Bildung eines gesamtdeutschen Ausschusses aufgegeben! Hartnäckig bohrte Gromyko auch am Montag wieder in dieser Frage weiter. Nur scheint man auf sowjetischer Seite jetzt etwas beweglicher zu sein und erkundigt sich gelegentlich nach der Möglichkeit einer Aktivierung bereits bestehender Kontakte zwischen Bundesrepublik und DDR sowie deren "Erweiterung und Politisierung". Da der britische Außenminister Selwyn Lloyd ebenfalls schon einmal die Idee mit seinen westlichen Kollegen besprochen hat, ist es nicht ausgeschlossen, daß sie früher oder später wieder "hochkommt".

\* \* \*

Auch ein anderes Problem erscheint wieder am Horizont des Konferenzgeschehens: die Abrüstung. Die westlichen Außenminister haben in diesen Tagen unter sich Überlegungen darüber angestellt, wie man die Abrüstungsfrage in die Konferenzgespräche einbauen könnte. Bei den Russen hat dies zu folgender Reaktion geführt: sie sagen, wenn der globale Abrüstungskomplex von den Westmächten hier in Genf aufgerollt wird, betrachten wir dies als ein Ablenkungsmanöver von den Kernfragen Berlin, Friedensvertrag und europäische Sicherheit.

Wenn der Westen dagegen den Stop der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik, die Schaffung einer militärischen Entspannungszone in Mitteleuropa (Rapacki-Plan) und - darauf aufbauend - die Diskussion über eine politische Entspannung in Europa meint, bitte, dann sind wir einverstanden, daß die Abrüstungsfrage erörtert wird. Wir haben das schon immer gesagt, aber mit unseren entsprechenden Vorschlägen keine Gegenliebe gefunden.

Nur wenige Konferenzbeobachter rechnen damit, daß dieses Problem jetzt zur Debatte gestellt werden könnte. Man glaubt jedoch, daß es von den Außenministern als einer der Tagesordnungspunkte für das Gipfeltreffen vorgeschlagen wird.

\* \* \*

Niemand wagt heute, noch irgendeine Voraussage für die Dauer der Konferenz zu machen. Bei der Hartnäckigkeit, mit der auf beiden Seiten um jede noch so kleine Kompromißlösung gerungen wird, gelten alle früher angestellten Vermutungen als überholt. Positiv wird allgemein die Tatsache gewertet, daß keine Seite in den letzten Tagen neuen "Sprengstoff" angelegt hat, woraus man zu schließen können glaubt, daß West und Ost Kompromisse suchen.

+ + +

### Inkonsequente deutsche Außenpolitik

sp - Die Absichten der deutschen Außenpolitik, zu einer Normalisierung der Verhältnisse mit Polen und der Tschechoslowakei auf dem Wege des Abschlusses von Nichtangriffs-Verträgen zu gelangen, sind an inneren Widerständen gescheitert. Damit wurde die Möglichkeit zu einer dynamischen Ostpolitik, noch bevor der Gedanke richtig ausgesprochen wurde, von den "kalten Kriegern im Kabinett Adenauer" verworfen. Einer der hauptbeteiligten Akteure in diesem Spiel ist der Bundesvertriebenen-Minister Oberländer gewesen, der sowohl im Kabinett als auch in Genf bei Bundesaußenminister von Brentano intervenierte und ernsthafte Vorbehalte anmeldete. Er wies darauf hin, daß es innerhalb der deutschen Vertriebenen-Organisationen zu unerwünschten Diskussionen kommen könnte, die sich nachteilig auf die deutschen politischen Absichten auswirken würden. So wurden die Bedenken Oberländers stärker und siegten über eine wünschenswerte außenpolitische Konzeption, deren Verwirklichung daraufhin unterblieb.

Die Frage drängt sich auf, ob Minister Oberländer in seinem Verhalten wirklich die Interessen der Vertriebenen oder nur die Interessen der Vertriebenen-Organisationen vertreten hat, als er im Hinblick auf eine mögliche Reaktion von der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Polen und der Tschechoslowakei abriet. Wie aber stellt er sich andere die Möglichkeit einer Wahrung der Interessen der Heimatvertriebenen und eine Lösung der mit ihnen verbundenen Probleme vor, wenn nicht durch Verhandlungen, denen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vorausgehen muß. Wie anders will Herr Oberländer die Forderungen und Ansprüche der Vertriebenen seinen östlichen Verhandlungspartnern zur Kenntnis gelangen lassen, wenn nicht im diplomatischen Gespräch? Darüber hinaus müssen wir fragen: Was erwarten denn eigentlich die Vertriebenen-Verbände sonst von einer Regierung, die in der Londoner Schlußakte von 1954 und auch auf der laufenden Genfer Konferenz ausdrücklich erklärt haben, in der Lösung aller äußeren Probleme auf Gewaltanwendung zu verzichten, deren Chef Adenauer noch im Oktober vorigen Jahres die Erklärung abgegeben hatte, daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den Ostblockstaaten nicht mehr außerhalb des Bereichs der Möglichkeiten liege?

Eine Lossagung von der Hallstein-Doktrin, die bisher von Bonn forderte, keine diplomatischen Beziehungen mit Staaten aufzunehmen, die die DDR anerkannt haben, könnte nur nachteilige Folgen für die Vertriebenen-Organisationen, nicht aber für die Vertriebenen selbst haben, da sich bei dynamischer Gestaltung der politischen Verhältnisse im mitteleuropäischen Räume Möglichkeiten zu fruchtbaren Gesprächen ergäben, die allmählich die deutschen Vertriebenen-Organisationen bedeutungslos werden lassen müßten. Es drängt sich daher die Vermutung auf, daß die Eigeninteressen der Vertriebenen-Verbände in der Haltung Oberländers eine gewisse Rolle gespielt haben dürften.

Damit ist aber den Vertriebenen nicht gedient. Es liegt gewiß nicht in ihrem Interesse, daß sich ihre Organisationen mit einem Male als Hindernis für die deutsche Diplomatie erweisen, die nach Möglichkeiten sucht, Voraussetzungen zur Lösung aller unserer mit der Ostseite Deutschlands verbundenen Fragen und Probleme zu schaffen. Welche fruchtbaren Perspektiven sich eröffnen, wenn die Bundesrepublik mit Prag und Warschau ins Gespräch käme, sind jedem Einsichtigen klar. Die gesamte Position der Bundesrepublik im europäischen Räume liesse sich durch eine solche Maßnahme verbessern. Ihr Ansehen und Einfluß würde nicht nur in den Ländern Osteuropas wachsen, wenn sie ihrerseits einen Beitrag zur Festigung des Friedens leisten würde. Zwar stehen Nichtangriffsverträge seit Hitlers unseliger politischer Praxis nicht mehr hoch in Kurs. Wir hätten deshalb jedoch alle Veranlassung, das Ansehen deutscher Verträge und damit das Ansehen uns res deutschen Volkes durch eine entsprechende Haltung wieder zu heben. Der Abschluß von Nichtangriffs-Verträgen mit Polen und der Tschechoslowakei wäre ein echter Beitrag zur Entspannung in Mitteleuropa, die wir dringend brauchen, um aus der Erstarrung der unbehaglich gewordenen Verhältnisse wieder zur Belebung der deutschen Außenpolitik auch in diesen Bereichen kommen zu können. Damit würde der Propaganda in den Ländern des Ostens, die auch heute noch von "deutschem Revanchismus" und "deutscher Kriegslust" reden, jegliche Grundlage entzogen. Die Möglichkeiten zur deutschen Wiedervereinigung könnten auch von dort her eine Begünstigung erfahren, und nicht zuletzt würde den deutschen Vertriebenen-Organisationen durch den Abschluß solcher Verträge, die sie heute noch ablehnen, endlich einmal die realpolitische Situation bewußt gemacht, in der sich die Bundesrepublik heute befindet.

### Die Bewegung der Gaganowa

sp - In der Sowjetpropaganda für den Hausgebrauch spielt gegenwärtig der Name Walentina GAGANOWA eine bedeutende Rolle. Nicht mit Unrecht wird der Ruf dieser Textilfacharbeiterin mit dem des Alexej STACHANOW verglichen, der im Jahre 1935 mit einer 14-fachen Übererfüllung seiner Bergarbeiternorm eine umfassende Bewegung zur Produktivitätserhöhung ausgelöst hatte.

Die GAGANOWA nun hat zwar nicht ihre Norm gewaltig übererfüllt, sondern etwas anderes getan, das heute in der UdSSR den gleichen Wert hat, wie damals - die Normenüberbietung. Aus einem mustergültig funktionierenden Betrieb, der seine Planaufgaben sowohl der Quantität als auch der Qualität nach zu erfüllen pflegte, ging sie in einen sogenannten "rückständigen Betrieb", um dort Ordnung zu schaffen. Und das tat sie mit einigem Erfolg. Der Sowjetführung war ihr Unterfangen der Leninorden und der "Goldene Stern", verbunden mit dem Titel "Held der Arbeit" wert. Auch das Juni-Plenum des ZK der KPdSU zollte ihrem Tun lauten Beifall.

#### Die zwei Arten von Betrieben

Die Heldentat der GAGANOWA muss man vor dem Hintergrund der sowjetischen Betriebssituation sehen. CHRUSCHTSCHOWs Reformen haben dem sowjetischen Staatsbetrieb grössere Rechte, aber auch grössere Selbstverantwortung gegeben. Der Betrieb, dem es gelingt, mit seinen Zubringern in geregelten Geschäftsverkehr zu gelangen, kann gleichmässig produzieren. Gelingt es ihm überdies, seinen Maschinenpark in Ordnung zu halten und seine Arbeit zu rationalisieren, so kann er seine Planaufgaben gut erfüllen und übererfüllen. Lohn dieser Bemühungen ist ein erhöhter Prämien- und Lohnfonds. Mit anderen Worten: alle, vom leitenden Direktor bis zum letzten Arbeiter haben ihren Nutzen davon.

Es gibt indessen viele Betriebe, in denen das aus vielerlei Gründen nicht klappt. Dort sind weder die Beziehungen zu den Lieferanten, die sogenannte Kooperation, noch die innerbetrieblichen Vorgänge geklärt. Bürokratische Arbeitsweise, fehlende Eigeninitiative und mancherlei Unordnung machen die Arbeit zu einem "Stossgeschäft", das nur dann richtig läuft, wenn zufällig einmal Materiallieferungen und volle Einsatzbereitschaft des Betriebes zusammenfallen. In solchen "rückständigen" Betrieben wird der Plan selten quantitativ, noch seltener aber qualitativ erfüllt. Die Folge: nach dem sowjetischen System der "materiellen Interessiertheit" bleiben Lohn- und Prämienfonds gering, es wird schlecht verdient. Das wiederum erhöht die Arbeitsfreude keineswegs,

aus der Unzufriedenheit heraus bleiben die Arbeitsergebnisse auch weiterhin schlecht.

#### Masseninitiative gegen Rückstand

Nun war es bisher so, dass jeder seine Arbeitsstelle sorgsam hütete, der in einem "progressiven" Betrieb tätig war. Die "rückständigen" Betriebe waren meist in der ganzen Gegend verrufen, freiwillig nahm dort keiner Arbeit an, und die "progressiven" Betriebe wehrten sich dagegen, Leute aus den "rückständigen" Werken zu nehmen, weil sie fürchteten, damit den Bazillus des Schlendrian, der Bürokratie und der Stagnation in ihren Körper zu bekommen. Fast schien es so, als müsse so ein "rückständiger" Betrieb stets letztes Rad am Wagen bleiben, oder als sei die Arbeit in einem "progressiven" Betrieb ein Privileg, das zu wahren jede Mühe wert sei.

Die GAGANOWA hat nun durch ihren Entschluss, freiwillig auf die Vorteile eines "fortschrittlicher" Betriebes zu verzichten, um in harter und zunächst schlecht bezahlter Arbeit einen "rückständigen" Betrieb von unten her anzukrempeln, das Signal zum Angriff auf den Rückstand gegeben. Nach ihrer Meinung kann jeder sowjetische Staatsbetrieb "progressiv", das heisst rentabel arbeiten, und das mit allen Vorteilen, die das dem sowjetischen Staat wie dem einzelnen Sowjetmenschen bietet. In Wiscniz Wolotschek lieferte sie durch ihre Initiative den Beweis dafür, dass dies durchaus möglich ist.

Man kann unterstellen, dass sie zu ihrem Entschluss nicht aus eigenen Stücken, sondern nach gebührender Vorbereitung durch die Partei kam, ebenso wie seiner Zeit der Hauer Alexej STACHANOW. Indes wird ihre Aktivität ohne allzu grosse Nachhilfe durch die Partei Nachahmung finden, ganz einfach weil es sich heute für den Sowjetarbeiter lohnt, in einem "progressiven" Betrieb zu wirken. Nur wenn die Masse der Betriebe rentabel und erfolgreich wirkt, wird der Sowjetmensch sich die materiellen Wünsche erfüllen können, die er hegt. Andererseits wird der Sowjetstaat nur dann die hochgeschraubten Ziele des Siebenjahr-Planes erfüllen können.

Man soll deshalb über die "GAGANOWA-Bewegung" keine billigen Spässe machen. Man muss sie ernst nehmen als einen Versuch der Sowjetmenschen, den materiellen Rückstand zu überwinden und zu einem befriedigenden Lebensstandard zu kommen. Die Zauberformel der Sowjetführung, die "USA einholen und überholen", spielt dabei für den Sowjetmensch eine geringere Rolle gegenüber dem Wunsch, ein Leben in einer Form zu führen, die nach sowjetischen Vorstellungen als Wohlstand bezeichnet wird.

-----+--+-----  
Verantwortlich: Günter Markscheffel